



---

## Für einen sofortigen Waffenstillstand und einen gerechten Frieden im Nahen Osten!

*Diese Ergänzung der Resolution vom 24. Februar 2024 reagiert auf die zwischenzeitlich erfolgte brutale Eskalation im Gaza-Krieg seitens der israelischen Regierung.*

**Die SP verurteilt die durch den israelischen Staat und die Hamas ausgeübte brutale Gewalt gegen Zivilist:innen aufs Schärfste.** Es gibt keine Rechtfertigung für die Angriffe der israelischen Armee auf Zivilpersonen, für die Bombardierung von Wohnhäusern, Schulen, Krankenhäusern, Gebetshäusern und Flüchtlingslagern oder für willkürliche Verhaftungen und Folter im Gazastreifen und im Westjordanland. Die Netanyahu-Regierung zielt dabei nicht auf eine rasche und friedliche Beendigung des Gaza-Krieges und selbst nicht auf die Bereitstellung einer sicheren Zone für über zwei Millionen Menschen im Gazastreifen ab. Stattdessen ist sie angesichts sinkender Zustimmungswerte primär auf den eigenen Machterhalt bedacht. Der andauernde Krieg mit mittlerweile über 40'000 Todesopfern dient ihr, trotz zunehmender interner Kritik, an der Macht zu bleiben. Zu diesem Zweck wird die Verursachung enormen menschlichen Leids durch die israelischen Streitkräfte in den besetzten palästinensischen Gebieten sowie das hohe Risiko eines regionalen Flächenbrands in Kauf genommen. Ebenso gibt es keine Rechtfertigung für die Angriffe – die gezielte Tötung, die sexualisierte Gewalt und die Geiselnahmen von Zivilist:innen – der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf Israel. Gezielte Angriffe auf Zivilist:innen sind immer und unter allen Umständen vorbehaltlos zu verurteilen.

**Es braucht einen sofortigen Waffenstillstand, um humanitäre Hilfe sofort leisten zu können und als Grundlage für Friedensverhandlungen:** Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal. Die Menschen im Gazastreifen brauchen dringendst die Auslieferung substanzieller humanitärer Hilfe, was jedoch ohne Waffenstillstand nicht umsetzbar ist. Zudem ist ein sofortiger und anhaltender Waffenstillstand notwendig, um eine realistische Chance auf eine Verhandlungslösung zu schaffen. Ein gerechter und dauerhafter Frieden in Israel-Palästina muss das Ziel bleiben. Angesichts der aktuellen Eskalation sind die untenstehenden Punkte dringender denn je.

**Alle Parteien müssen ihre Waffen sofort niederlegen. Sie tragen die Verantwortung für ihre Verbrechen.** Die Hamas muss ihre völkerrechtswidrigen Angriffe gegen die israelische Zivilbevölkerung sofort stoppen und alle Geiseln bedingungslos freilassen. Sie trägt die Verantwortung für die Angriffe aus dem Gazastreifen und darf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen nicht gefährden. Israel hat das Recht, sich selbst, sein Land und seine Bürger:innen zu schützen. Am 7. Oktober 2023 hatte Israel das Recht, den Angriff abzuwehren und Recht und Ordnung wiederherzustellen. Israels andauernde und unverhältnismässige Kriegshandlungen im Gazastreifen sind jedoch in keiner Weise rechtmässig und müssen sofort gestoppt werden: Kollektive Vergeltungsmassnahmen, Angriffe auf zivile Infrastruktur und das

Aushungern von Zivilpersonen als Methode der Kriegsführung sind durch das humanitäre Völkerrecht verboten.

**Die SP bekräftigt ihre Forderung, sofort jede militärische Zusammenarbeit und jeden Kriegsmaterialhandel mit sämtlichen beteiligten Staaten in der Region einzustellen.**

Spätestens seit der Inkraftsetzung des Gegenvorschlags zur Korrektur-Initiative am 1. Mai 2022 ist dies nur schon deshalb geboten, weil das Schweizer Gesetz keine Kriegsmaterialexporte erlaubt, wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist oder die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzt. Zudem fordert die SP Schweiz den Bundesrat auf, allfällige Kooperationen von Akteuren mit Sitz in der Schweiz (Unternehmen, staatliche Behörden, Bildungsinstitutionen) mit allenfalls am Krieg beteiligten Institutionen zu überprüfen und gegebenenfalls zu beenden oder zu sistieren. Die Beteiligung von Schweizer Akteuren an Vorbereitungshandlungen zu Kriegsverbrechen von allen Seiten muss verhindert werden.

**Das internationale Recht ist so stark wie der Wille der Staaten, es durchzusetzen.**

Als Unterzeichnerin des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Genozidkonvention) muss die Schweiz alles in ihrer Macht Stehende tun, um einen Völkermord zu stoppen. Der Zwischenentscheid des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag über die Klage Südafrikas anerkennt zahlreiche Verstösse Israels gegen das humanitäre Völkerrecht und erachtet den Vorwurf als plausibel, dass Israel genozidale Handlungen begeht. Dieser Gerichtsentscheid fordert klare politische Reaktionen von den Vertragsparteien der Völkermordkonvention, um weitere Traumata, weiteres Töten, weiteren Schaden und weiteres Hungern zu verhindern.

**Die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten ist sofort zu stoppen.**

Die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten – durch die Zerstörung palästinensischer Häuser und die Errichtung neuer Wohnungen in den Siedler-Kolonien – bildet einen schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Dahinter steht eine Strategie der vollendeten Tatsachen. Die seit dem 7. Oktober 2023 massiv zugenommene und tödliche Gewalt durch das israelische Militär und radikale Siedler:innen gegen Palästinenser:innen im Westjordanland muss sofort gestoppt werden. So hielt auch der International Gerichtshof (IGH) am 19. Juli 2024 in seinem Rechtsgutachten fest, dass Israels Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten völkerrechtswidrig ist und so bald wie möglich beendet werden muss. Israel muss gemäss Internationalem Gerichtshof jegliche neue Siedlungsaktivität sofort stoppen. Alle Staaten, auch die Schweiz, sind verpflichtet, die durch die unrechtmässige Präsenz Israels im besetzten palästinensischen Gebiet entstandene Situation nicht als legal anzuerkennen und keine Unterstützung zur Aufrechterhaltung dieser Situation zu leisten. Weiter hat der UNO-Gerichtshof festgehalten, dass der Staat Israel verpflichtet ist, Wiedergutmachung für den Schaden zu leisten, der allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen im besetzten palästinensischen Gebiet zugefügt wurde. Die Schweiz soll die Sanktionen der EU – Einreiseverbote und Vermögenssperren – gegen israelische Siedler:innen, welche die Menschenrechte von Palästinenser:innen verletzte haben, übernehmen. Entsprechend sollen deren Einreisegesuche nicht mehr vom Schweizer Konsulat in Tel Aviv bearbeitet werden.

**Die Achtung des Völkerrechts bleibt entscheidend für einen nachhaltigen Frieden.** Es gibt keinen gerechten und nachhaltigen Frieden ohne Achtung des Völkerrechts. Jede Verhandlungslösung muss von den folgenden drei Säulen ausgehen: das Ziel der Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967; die Anerkennung des Rückkehrrechts; und die Klärung des Status von Jerusalem, die sowohl Palästina als auch Israel für sich als Hauptstadt beanspruchen. Die nach wie vor aktuelle Genfer Initiative, welche wieder aufgenommen werden sollte, hat aufgezeigt, dass diese Fragen auf der Grundlage des Völkerrechtes lösbar sein könnten. Die SP fordert mit Nachdruck, Friedensverhandlungen auf diesen drei Säulen zu führen. Gleichzeitig ist zu unterstreichen, dass alle Beteiligten sich an das humanitäre Völkerrecht halten müssen. Die Achtung des humanitären Völkerrechts ist Grundlage für den Schutz der Zivilbevölkerung und den Fortbestand des Friedenswillens. Alle Angriffe und Massnahmen gegen die Zivilbevölkerung sind unannehmbar, von welcher Seite sie auch immer ergriffen werden: seien es die komplette Blockierung des Gazastreifens, die wahllosen Bombardierungen, die kollektiven Vergeltungsaktionen gegen die Bevölkerung des Gazastreifens, die Siedlungen in den besetzten Gebieten oder seien es die militärischen Angriffe, welche die Hamas und andere bewaffnete Gruppen gezielt gegen die israelische Zivilbevölkerung richten. Die SP ruft alle Parteien auf, humanitären Organisationen wie dem Roten Kreuz uneingeschränkten Zugang zu Gefangenen und Verletzten zu gewähren.

**Die von der Hamas am 7. Oktober 2023 entführten israelischen Geiseln sind sofort freizulassen. Der Bundesrat soll danach Palästina in den auf der UNO-Sicherheitsratsresolution 242 vom 22. November 1967 basierenden Grenzen anerkennen,** so wie sie auch in den Osloer Friedensgesprächen bestätigt und vereinbart wurden. Die Anerkennung Palästinas ist auch ein klares Bekenntnis zur Zweistaatenlösung, welche das Existenzrecht Israels voraussetzt.

**Die Schweizer Aussenpolitik unterstützt aktiv demokratische und friedliche Lösungen sowie die Arbeit der UNO.** Ein fairer und inklusiver Multilateralismus auf der Grundlage des Völkerrechts ist entscheidend, um sich einem gerechten und nachhaltigen Frieden anzunähern. Die Schweizer Aussenpolitik muss alles unternehmen, um die UNRWA als Hauptträgerin des Multilateralismus in der Region vor ungerechtfertigten Angriffen zu schützen und deren nachhaltige Finanzierung sicherzustellen; dem Anheizen des Konfliktes durch Interventionen von Gross- sowie Regionalmächten entschieden entgegenzutreten und stattdessen alle konstruktiven Ansätze zu unterstützen. Zentral ist ferner der Einsatz der Schweizer Aussenpolitik für ein geeintes Palästina und die Unterstützung der darauf hinarbeitenden Kräfte für einen demokratischen Staat. Doch die Schweiz nimmt ihre Verantwortung für die Einhaltung des Völkerrechts bisher ungenügend wahr. Am 26. Juni 2024 entschied der Bundesrat, nur die Hälfte des Schweizer Beitrags an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Geflüchtete im Nahen Osten (UNRWA) auszubezahlen. Dies ist angesichts der Hungerkrise und der verheerenden medizinischen Situation im Gazastreifen verantwortungslos. Der Bundesrat muss sich vehement für ungehinderten humanitären Zugang sowie eine sichere Gesundheitsversorgung im Gazastreifen einsetzen. Im Sicherheitsrat und in der Generalversammlung der Vereinten Nationen enthielt sich die Schweiz, als es darum ging, den palästinensischen Staat und die Rechte der Bevölkerung anzuerkennen bzw. eine Empfehlung zur Aufnahme Palästinas als UNO-Vollmitglied auszusprechen. Auch ist das Engagement der Schweiz zur Erreichung eines Waffenstillstandes bisher zu zurückhaltend.

Weiter muss sich der Bundesrat aktiver für die Befreiung aller israelischer Geiseln sowie für die Freilassung aller politischer palästinensischer Gefangener ohne Gerichtsverfahren einsetzen.

**Es braucht eine Unterstützung friedensorientierter Kräfte.** Israel und Palästina brauchen keine einseitigen Schuldzuweisungen und keine weitere Verschärfung der Spannungen, sondern eine politische Grundlage, damit in der ganzen Region namentlich jene (meist zivilgesellschaftlichen) Kräfte gestärkt werden, die für Menschenrechte, Demokratie und einen gerechten und nachhaltigen Frieden eintreten. Das gelingt nur, wenn der Fokus nicht auf das Anheizen der Negativspirale gelegt wird. Vielmehr geht es darum, die Ansatzpunkte für positive Entwicklungen zu identifizieren und diese zu stärken. Deshalb ist eine Unterstützung friedensorientierter Stimmen, die den Menschenrechten sowie der Demokratie verpflichtet sind, zu intensivieren. Die Schweizer Aussenpolitik muss ihre Arbeit und Unterstützung jener zivilgesellschaftlichen Kräfte in der ganzen Region intensivieren, die für Menschenrechte, gute Gouvernanz, Gerechtigkeit und Versöhnung eintreten. Den vielfältigen Versuchen, deren Handlungsspielraum einzuschränken («shrinking space»), muss entschieden entgegengetreten werden.

**Es braucht einen sofortigen Stopp der strukturellen Diskriminierung von Palästinenser:innen durch den israelischen Staat:** Neben der inakzeptablen Siedlungspolitik muss auch die strukturelle Diskriminierung von Palästinenser:innen durch den israelischen Staat auf israelischem Staatsgebiet und in den besetzten Gebieten sofort gestoppt werden. Diese Ungleichbehandlung widerspricht diametral den völkerrechtlich verankerten Menschenrechten und steht einem nachhaltigen Frieden im Wege.

**Die SP fordert Israel auf, die Errichtung der Trennmauer zu stoppen und bestehende Abschnitte abzureissen.** Indem Israel auf palästinensischem Gebiet eine Sperranlage errichtete und damit de facto palästinensisches Gebiet annektierte, verletzt es internationales Recht. Wie der Internationale Gerichtshof in seinem Rechtsgutachten festhielt, muss Israel mit Errichtung der Trennmauer stoppen und bereits bestehende Abschnitte auf palästinensischem Gebiet abreißen.<sup>1</sup>

**Die SP fordert ein Ende der Straflosigkeit und die Verfolgung aller Kriegsverbrechen.** Der Schweizer Bundesrat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die israelische Regierung und die palästinensischen Behörden angemessene Massnahmen ergreifen, um unabhängige, glaubwürdige und mit den internationalen Standards vereinbare Untersuchungen über die Verletzungen des humanitären Völkerrechts während den bewaffneten Konflikten zwischen den beiden Kriegsparteien durchzuführen. Ermittlungen des internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen die Hamas und die israelische Regierung müssen von allen Parteien unterstützt werden. Der Bundesrat muss sich öffentlich dazu verpflichten, die Haftbefehle des IStGH gegen Netanyahu und Gallant wie auch gegen Hamas-Führer Yahya Sinwar durchzusetzen, falls der IStGH beschliesst, diese auszustellen (Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri und Ismail Haniyeh, gegen die ebenfalls ein Haftbefehl beantragt wurde, sind in der Zwischenzeit getötet worden).

---

<sup>1</sup> Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshof vom 19. Dezember 2003: <https://www.icj-cij.org/fr/affaire/131>

**Die SP Schweiz ruft die Kantonsregierungen und Hochschulen auf, das Demonstrationsrecht zu respektieren und entschieden gegen Antisemitismus und Rassismus vorzugehen.** Antisemitische Parolen und Übergriffe sowie Rassismus haben in der Schweiz keinen Platz. Gleichzeitig fordert die SP Schweiz die Kantonsregierungen und die Hochschulen auf, das Recht auf Meinungsäusserung und das Demonstrationsrecht zu respektieren. Insbesondere der übertriebene Einsatz von Ordnungskräften, juristischen Instrumenten und die Bewilligungsgebühren sind ein nicht zulässiger Eingriff in diese Grundrechte. Weiter verurteilt die SP die Diskreditierung friedlicher Bewegungen.

**Verständnis und Austausch müssen gefördert werden.** Auch die SP anerkennt ihre Verantwortung, ihre Kontakte zu jenen Stimmen in Israel, in Palästina und weltweit zu verstärken, die zu einem gegenseitigen Verständnis der israelischen und palästinensischen Bevölkerung und zur Stärkung der Gerechtigkeits- und Friedensstimmen beitragen und sich von jenen zu distanzieren, welche die Konfrontation suchen.

## **Für ein Ende der Gewalt gegen das palästinensische Volk und der Besatzung**

**Damit sich die Schweiz im Einklang mit ihren Werten und internationalen Verpflichtungen konsequent für Gerechtigkeit und Menschenwürde einsetzt.**

*Zusatzresolution vom 11.09.2024*

Seit einem Jahr wird das palästinensische Volk vor den Augen der Weltöffentlichkeit getötet und ausgehungert. Die Besatzungsmacht Israel tötet zehntausende Zivilist:innen in Gaza und dem Westjordanland, darunter sehr viele Kinder, verhaftet und foltert unter anderem medizinisches Personal, zielt absichtlich auf Journalist:innen, schränkt die humanitäre Hilfe dramatisch ein, zerstört Krankenhäuser, Schulen, Wohnungen und Kulturgüter und baut weiter illegale Siedlungen im Westjordanland aus. Diese Gewalt gegen das palästinensische Volk hat nicht erst mit den grausamen Verbrechen der Hamas am 7. Oktober begonnen, die klar zu verurteilen sind. Der Westen könnte der illegalen Besatzung und den unverhältnismässigen Militäroperationen Israels ein Ende setzen, unterstützt sie aber weiterhin. Überall auf der Welt mobilisieren sich Studierende, Arbeiter:innen, Anwält:innen, Abgeordnete und Mitglieder der Zivilgesellschaft für ein Ende der Besatzung und der Massaker an der Zivilbevölkerung. Angesichts der anhaltenden Gewalt und der humanitären Katastrophe ruft die SP Schweiz zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk auf und fordert vom Bundesrat und Parlament konkrete und mutige Massnahmen:

1. **Sofortiger Waffenstillstand:** Die Schweiz muss sich entschieden für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand einsetzen. Alle bewaffneten Akteur:innen müssen ihre Angriffe einstellen und die Zivilbevölkerung schützen.
2. **Humanitäre Hilfe:** Die Schweiz muss ihre humanitäre Unterstützung für die Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland verstärken, insbesondere durch die Beibehaltung und eine substanzielle Erhöhung des Schweizer Beitrags für die UNWRA.

3. **Waffenembargo gegen Israel:** In Übereinstimmung mit den internationalen Beschlüssen fordern wir die sofortige Einstellung jeglicher Waffenlieferungen und Militärkooperation mit Israel, solange die völkerrechtswidrige Besatzung anhält.
4. **Ende der Besatzung:** Die Schweiz muss sich aktiv für das Ende der israelischen Besatzung einsetzen und eine gerechte und dauerhafte politische Lösung der palästinensischen Frage unterstützen, basierend auf den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats.
5. **Geiseln und Gefangene:** Die Schweiz soll von allen Konfliktparteien die sofortige Freilassung aller Personen verlangen, die als Geiseln genommen, ohne Gerichtsverfahren inhaftiert oder aus politischen Gründen inhaftiert wurden.

Die Schweiz muss als Hüterin der Genfer Konventionen und Unterzeichnerin des Völkermord-Konvention ihrer Verantwortung gerecht werden und die wiederholten Verletzungen des humanitären Völkerrechts entschieden verurteilen. Sie muss sich dafür einsetzen, dass alle Kriegsverbrechen untersucht, die Verantwortlichen vor Gericht gestellt und die Zivilbevölkerung geschützt wird. Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz auf der internationalen Bühne eine entschlossene Position einnimmt und sich im Einklang mit ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht, die kürzlich vom Internationalen Gerichtshof in Erinnerung gerufen wurden, aktiv für die Beendigung jeglicher direkter oder indirekter Unterstützung der Besatzung und der Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung einsetzt.